

„Neutralität ist kein Schutz“: Ex-Kanzler Schüssel fordert wieder „offene Debatte“

EU-Verträge hätten ohnehin bereits „Beistandsverpflichtung“

Gegen Parteilinie. „Die alten Schablonen – Lipizzaner, Mozartkugeln oder Neutralität – greifen in der komplexen Wirklichkeit des 21. Jahrhunderts nicht mehr“, hatte der damalige Kanzler Wolfgang Schüssel am Nationalfeiertag im Jahr 2001 erklärt – und eine Debatte rund um die Neutralität und das Verhältnis Österreichs zur NATO ausgelöst (wenige Wochen nach dem Terroranschlag vom 11. September 2001).

Der heute 78-jährige Altkanzler hatte damals nicht reüssiert. Nun fordert er erneut eine Debatte über die Neutralität. In einem Artikel für das in Hamburg erscheinende Rotary Magazin für



REUTERS / LISA LEUTNER

Schüssel: „Neutrales Österreich keine ungefährdete Insel“

Deutschland und Österreich schreibt Schüssel, „der russische Angriff auf die Ukraine hat wohl endgültig alle Illusionen zunichtegemacht, dass das neutrale Österreich eine ungefährdete friedliche Insel wäre.“ Damit steht Schüssel nicht auf Linie der meisten Parteien in Österreich, die angesichts des Uk-

raine-Krieges keine wirkliche Diskussion über die Neutralität zulassen wollen. Neutralität sei nicht gleichbedeutend mit Sicherheit, sagte ÖVP-Außenminister Schallenberg 2022 im *Falter*. „Neutralität ist kein Schutz“, schreibt Schüssel. So enthalte der EU-Vertrag von Lissabon seit 2009 eine Beistandsverpflichtung bei einem bewaffneten Angriff auf ein anderes EU-Land, was auch für Österreich gelte: „Bei jedem EU-Beschluss (wie auch bei einem UNO- oder OSZE-Mandat) gilt die Neutralität nicht mehr.“ Dabei verweist er auch auf die Ansuchen von Schweden und Finnland für einen NATO-Beitritt.